

AKTUELL

SOZIALDIALOG

Ist denn schon wieder Weihnachten?

David Angel

Regierung und Arbeitnehmer haben ein 19 Punkte umfassendes Abkommen unterschrieben. Im Gegenzug für Zugeständnisse von Blau-Rot-Grün verpflichtet sich das Patronat, im Zeitraum von drei Jahren 5.000 Arbeitslose einzustellen.

Engere Zusammenarbeit zwischen Adem und Unternehmen, Flexibilisierung des Elternurlaubs, ein zweites „Omnibus-Paket“ zur administrativen Vereinfachung, bis zum Jahr 2018 Verzicht auf Steuererhöhungen für Betriebe, Anhebung des Regierungsbeitrags zur „Mutualité des employeurs“... Sowohl Xavier Bettel als auch die Vertreter der UEL (Union des entreprises luxembourgeoises) zeigten sich am Ende der „Bipartite“ vom 14. Januar zufrieden.

Grund zur Zufriedenheit hatte aber vor allem die Unternehmerseite: Neben konkreten Maßnahmen in ihrem Sinn hat sie sich auch längerfristige Garantien erstritten. Zum Beispiel eine Selbstverpflichtung der Regierung, Steuererhöhungen für Betriebe bis zum Ende der Legislaturperiode 2018 möglichst zu vermeiden. Eine Festlegung, die angesichts der anstehenden Debatte zu einer Steuerreform erstaunen mag: Wenn schon im Voraus feststeht, dass es weder Steuererhöhungen für Betriebe noch eine Reichensteuer geben wird - die letztere hat Finanzminister Pierre Gramegna explizit ausgeschlossen -, riskiert die Debatte, zumindest einseitig zu werden.

Den größten Sieg hat der Unternehmerverband UEL aber wohl beim gesetzlichen Mindestlohn errungen. Die Regierung verpflichtet sich, das Gesetz zum Mindestlohn in dem Sinne abzuändern, dass eine automatische Anhebung des unqualifizierten Mindestlohns zum qualifizierten Mindestlohn nach zehn Dienstjahren nicht stattfindet. Sie will damit, laut Abkommen, verhindern, dass unqualifizierte Arbeitnehmer nach Ablauf der Zehn-Jahres-Frist entlassen werden.

Die Maßnahme ist vor allem als Reaktion auf ein Urteil der „Cour de cassation“ zu verstehen. Diese hatte im Juli 2014 entschieden, die OGBL-Sekretärin für den Reinigungsbereich Estelle Winter habe nach zehn Jahren Beschäftigung als Putzfrau bei einer

Reinigungsfirma ein Anrecht auf den qualifizierten Mindestlohn und ihr Arbeitgeber die Pflicht, ihr die Differenz für die letzten 15 Jahre, während derer sie den unqualifizierten Mindestlohn erhalten hatte, zu erstatten. Ziel der Einigung zwischen Arbeitnehmern und Regierung ist es nun, zu verhindern, dass dieses Urteil „Schule macht“.

Arbeitsplätze gegen Planungssicherheit

Es gibt gute Gründe für eine Anhebung des Mindestlohns nach zehn Dienstjahren - nach dieser Zeitspanne kennt man, gerade in Bereichen wie dem Reinigungssektor, seinen Beruf und kann demnach als qualifiziert gelten. Doch gibt es auch Gründe, die dagegen sprechen: Was ist mit Arbeitnehmern, die sowohl über zehn Jahre Erfahrung als auch über eine Ausbildung verfügen? Nun hat die Regierung gewissermaßen ein Machtwort gesprochen und mischt sich damit indirekt in einen schwelenden Arbeitskampf ein. Die Anhebung vom unqualifizierten zum qualifizierten Mindestlohn ist seit Jahren Gegenstand des Sozialkonflikts im Reinigungssektor.

Im Gegenzug für die zugestandene „Planungssicherheit“ hat sich die UEL verpflichtet, über drei Jahre verteilt 5.000 zusätzliche Arbeitslose einzustellen. Werden in diesem Zeitraum in der Regel ca. 30.000 bei der Adem eingeschriebene Arbeitssuchende eingestellt, so sollen es in den kommenden drei Jahren 35.000 sein. Eine Kampagne soll die Arbeitgeber dazu motivieren, bei Einstellungen verstärkt auf die Adem zurückzugreifen. Außerdem soll bis Ende 2015 eine neue Software zur Jobvermittlung eingesetzt werden.

Für eine zukünftige Flexibilisierung des Elternurlaubs, gegen die sich die Arbeitgeber bislang gewehrt hatten, hat die UEL nun grünes Licht gegeben. Darüber hinaus wurde festgehalten, dass in nächster Zeit auch über eine eventuelle Flexibilisierung der Arbeitszeiten debattiert werden soll. Bleibt für die Arbeitnehmer nur zu hoffen, dass ihnen die Gewerkschaften bei dem anstehenden Dreierdialog nicht die späte Bescherung vermasseln.

SHORT NEWS

Malpartes vu Rëmleng bis Huldang

(lm) - Reenert, der Fuchs aus Michel Rodanges Epos, musste vor seinen Feinden in der Festung Malpartes Schutz suchen. FüchsInnen des Jahres 2015 haben's besser: Der Staatssekretär im Umweltministerium Camille Gira hat ein flächendeckendes Verbot der Fuchsjagd verfügt. Im Vorfeld hatten die Jäger vor der Gefahr durch Tollwut und den Fuchsbandwurm gewarnt. Das Verschlucken der Eier dieses Parasiten verursache beim Menschen eine Infektion, die jedes Jahr für 20 bis 30 Personen in Europa tödlich endet. Bei der Vorstellung der neuen Jagdverordnung am 22. Januar griff Gira diese Warnung auf - und stellte besagten 20 bis 30 Personen die 350 Millionen gegenüber, die in Europa leben. Das Risiko sei also ein rein theoretisches: „Es kann einem auch ein Dachziegel auf den Kopf fallen, während man durch die Groussgaass schlendert.“ Folge man der Logik der Jäger, dann müsse man auch alle Hunde und Katzen abschießen, denn diese könnten ebenfalls den Parasiten auf den Menschen übertragen. Die neue Jagdverordnung beinhaltet auch Bestimmungen zur Beschilderung bei Treibjagden, die zwei Wochen im voraus angemeldet werden müssen. Endlich - ist man versucht zu sagen. Es sei angemerkt, dass die Jägerföderation diesen Punkt nicht kritisierte.

Ab in den Container!

(da) - „Gentrifizierung mit dem Hammer“ nannte die woxx Anfang Dezember (woxx 1297) Claude Meischs Vorhaben, in Differdingen eine Europaschule zu gründen und damit „Unternehmen, ausländische Investoren und Wissenschaftler“ in seine Heimatstadt zu locken. Etwa zeitgleich richtete das Lehrpersonal des „Régime préparatoire“ aus dem Lycée Mathias Adam einen offenen Brief an den Bildungsminister. Darin beschwerten sich die Lehrkräfte darüber, dass ihre 300 Schüler, die bisher im „Jénker“, einer ehemaligen Primärschule in Differdingen, untergebracht waren, nun Platz für die Europaschüler machen müssen - und das, nachdem das vormals asbestverseuchte Gebäude unter Mitarbeit von Lehrern wie Schülern grundsanitiert worden sei. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der CSV-Abgeordneten Martine Hansen verwies Claude Meisch darauf, dass die neue Europaschule ja auch Klassen des „Régime préparatoire“ anbiete. Die Klassen, die bisher im „Jénker“ untergebracht waren, würden in ihre „Mutterschule“, das Lycée Mathias Adam in Pétingen, integriert werden. Es sei allerdings möglich, dass man sie bis zum Bau eines neuen Lyzeums in Differdingen in einer „provisorischen Unterkunft“ - sprich in Containern - unterbringen müsse.

Culture: les couperets tombent

(lc) - Avec presque un mois de retard, le ministère de la Culture commence enfin à informer les institutions culturelles et associations profitant d'une convention sur leur sort. Et pour certaines, cela fait vraiment mal : les festivals de Wiltz et d'Echternach semblent être particulièrement dans le collimateur de Maggy Nagel. Côté théâtre aussi, des économies sont arrêtées - le ministère ayant cru bon de préciser que les sommes proposées étaient « non négligeables ». Ainsi, la Theaterfederatioun doit faire face à une coupe budgétaire de 20 pour cent et se voit sommée par le ministère d'arrêter la publication de la « Theaterzeitung », un supplément édité par ses soins et paraissant une fois par mois dans les principaux quotidiens du pays. Argument de Nagel et de son administration : les théâtres communiqueraient trop. Après les attaques contre les sites plurio.net et culture.lu, on peut se demander si le but du ministère n'est pas simplement de faire disparaître la culture de la sphère publique. D'ailleurs, la Theaterfederatioun a exhorté ceux de ses membres qui ont encore leur passage au ministère devant eux d'aborder le sujet. Peut-être que la résistance s'organise enfin dans un secteur où la solidarité est devenue rare...